

nischer Seite darauf umgeht, die Herzogthümer Schleswig-Holstein sammt dem Herzogthum Lauenburg der dänischen Monarchie, dem eigentlichen Dänemark einzuverleiben, so daß es ein einziges unzertrennliches Reich werde. Dies beweisen die Verhandlungen und Anträge in der Viborger und Roeskilder Ständeversammlung, bei welchen der landesherrliche Commissarius Staatsminister von Derstedt nicht nur sich damit einverstanden erklärte, sondern auch bemerkte, daß der König die Wünsche und Ansichten der Ständeversammlung unzweifelhaft gern entgegennehmen werde. Wer hiermit die Bestrebungen der Dänen in den Herzogthümern, das deutsche Element nach und nach zu unterdrücken und Alles zu dänisieren, in Verbindung setzt, wird bald einsehen, daß der Antrag der Roeskilder Ständeversammlung der Vorbote eines zu erwartenden Staatsstreichs ist. Und wäre es auch wirklich nicht der Fall, käme die Annahme auch nur aus den Köpfen einer Partei, so ist es doch eine große Beleidigung des deutschen Nationalgefühls, daß in einer fremden Ständeversammlung über die Einverleibung eines deutschen Staats in einen fremden berathen wird, und schon aus diesem Gesichtspunkte ist es dringend nothwendig, die Stimmen der deutschen constitutionellen Ständeversammlungen gegen diese Vorgänge zu erheben, damit die deutschen Regierungen und durch sie der deutsche Bund aufgefordert werden, die Integrität und Selbstständigkeit der deutschen Staaten gegen die Eingriffe fremder Regierungen zu wahren. Können die Deutschen in Bezug auf Schleswig, welches seit Jahrhunderten von Deutschland getrennt ist und nur wegen des engen Zusammenhangs, in dem es zu Holstein steht, nur Wünsche haben, so haben sie auf Holstein und Lauenburg ein Recht, welches durch die deutschen Bundesgesetze gesichert ist. Daß die Bevölkerung Schleswigs zur Vereinigung mit Holstein und eben dadurch mit Deutschland hinstrebt, liegt in der Volksthümlichkeit, welche in den Herzen der Völker in unsern Tagen neu erwacht und die gleichen Stimmen zur Einheit in großen mächtigen Staaten zusammenführt. Sie wird gewiß von keinem Deutschen zurückgewiesen werden, da für ein deutsch gesinntes Volk eine große Beruhigung, in der Zukunft ganz zu Deutschland gehören zu können, liegt. Deutschland ist in seinem Ansehen gegen das Ausland und seiner Nationalität tief gekränkt, wenn fremde Mächte ohne Widerstand damit umgehen dürfen, einzelne Provinzen des Gesamtvaterlandes loszureißen und im Angesicht von ganz Deutschland darüber zu berathen. Schon oft war das deutsche Land der Schauplatz blutiger Kriege auf Kosten des Wohlstandes deutscher Bürger und nur mit dem Blute deutscher Männer ist erst in dem letzten Kriege das nördliche linke Rheinufer zu Deutschland zurückgebracht worden. Noch vor funfzehn Jahren wurde eine deutsche Provinz von Deutschland ohne Achtung seiner Rechte losgerissen und den Mißständen nur durch einen Vergleich, dessen Beurtheilung nicht hierher gehört, abgeholfen. Daß ein solches Ereigniß sich nicht wiederhole, vielmehr bei Zeiten dagegen vorgeesehen werde, ist der Wunsch jedes Vaterlandsfreundes!

Wird von vielen Seiten angeführt, daß in der neuesten Zeit die Politik Dänemarks gegen die deutschen Herzogthümer eine andere geworden sei und viele Handlungen den Verdacht der Beeinträchtigung des deutschen Sinnes widerlegten, so kann die Deputation dies nicht annehmen. Sie kann zwar zugeben, daß in den neuesten Zeiten die offenbaren Eingriffe in das deutsche Element sich nicht wiederholt haben und daß mehrere, jedoch nur unbedeutende Handlungen den Schein einer freundlichen Gesinnung an sich tragen, aber so lange nicht die früher gegebenen Verordnungen aufgehoben werden, so lange nicht ein ausdrücklicher Widerruf des bekannten Antrags Allgreen-

Ussing's erfolgt, gewinnt es den Anschein, als ob nur der bisher eingeschlagene Weg mit einem andern vertauscht werden solle. Dänemark hat angefangen, einzusehen, daß der offene Kampf nicht mit Erfolg durchzuführen ist und die jetzt ergriffenen Maaßregeln nur den Widerstand der Deutschen hervorrufen. Es fürchtet, daß die Politik gegen die deutschen Herzogthümer nachtheilig werden kann, und sucht den erregten Widerwillen abzukühlen und zu dämpfen, um auf anderm Wege desto sicherer zum Ziele zu gelangen. Aber hier zeigt sich das Verhalten der dänischen Politik gegen die Deutschen und es giebt dafür die Verhandlung über die Lübecker Eisenbahn genügenden Nachweis. Dänemark hat den Holsteinern ohne Ansuchen ein Eisenbahnmonopol gegeben, hierdurch den Lübeckern die Möglichkeit jeder Eisenbahn abgeschnitten und den Deutschen den natürlichsten Weg von der Elbe an die Nordsee verkümmert. Als das oft wiederholte Gesuch der freien Hansestadt Lübeck um die Erlaubniß der Anlage einer Eisenbahn durch holsteinisches Gebiet, theils in der Richtung auf Hamburg, theils in der Richtung über Lauenburg und Lüneburg auf Braunschweig und Hannover, abgeschlagen wurde, erhielt Lübeck und mit dieser Stadt ein großer Theil des deutschen Handels den empfindlichsten Verlust, der durch die Altona-Kieler Eisenbahn nicht aufgewogen werden kann. Den drei Hansestädten wurde im Jahre 1815 bei definitiver Regulirung der deutschen Verhältnisse vorzüglich um deswillen ihre Selbstständigkeit bewahrt, weil das Handelsleben Deutschlands von Alters her in diesen Städten concentrirt und von der Blüthe dieser Städte auch die Blüthe des deutschen Handels abhängig war. Die Wichtigkeit Lübecks, identisch mit der des deutschen Handels, geht aber verloren, sobald ihr eine kräftige Verbindung mit dem übrigen Deutschland systematisch versagt bleibt. Der Eindruck dieser Versagung ist für Deutschland ein betrübender, kein deutsches Blatt in den Herzogthümern und selbst die Stadt Kiel nicht, welche doch allein davon gewinnen könnte, hat über die Verweigerung der Lübecker Eisenbahn Freude geäußert. Jeder Deutschgesinnte hat in dieser Maaßregel einen gemeinschaftlichen Feind erkannt, der zu bekämpfen ist. Lübeck ist entschlossen, sich in dieser Angelegenheit an den deutschen Bund, welcher sich nach Artikel 19 der Bundesacte verpflichtet hat, die wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten nöthigen Grundsätze zu ordnen, zu wenden. Es ist innig zu wünschen, daß dort seine Anträge in Erfüllung gehen.

Da die Verhandlungen des deutschen Bundes geheim sind, ist es unbekannt, was in der vorliegenden Angelegenheit zur Erhaltung deutscher Rechte geschehen ist. Sachsen, zwar klein in seiner äußern Macht, aber unverkennbar nicht unbeachtet in der Entwicklung seiner geistigen Kräfte und in der Liebe zu seinem angestammten Fürsten, hat eine heilige Pflicht, den Volksstimmen, die für ihre Selbsterhaltung arbeiten und ringen und bereit sind, für dieses natürliche, dem Volke tief eingeprägte Gefühl Opfer zu bringen, mit den ihm zu Gebote stehenden Hülfsmitteln nach Vermögen zu unterstützen. Die Deputation ist überzeugt, daß die hohe Staatsregierung jede Gelegenheit benutzen wird, um ihr Ansehen bei dieser hochwichtigen Angelegenheit in die Waagschale zu legen und so ihre Liebe und Achtung für deutsche Einigkeit zu bethätigen, und stellt in dem Vertrauen, daß es einer constitutionellen Regierung nur erfreulich sein kann, in ihrem Streben von der Ständeversammlung unterstützt zu werden und von deren Zustimmung vergewissert zu sein, den Antrag:

Die zweite Kammer wolle im Vereine mit der ersten Kammer die Ueberzeugung aussprechen, daß die